

Zwist um das Bildungssparen Ist der Sparbeitrag viel höher, wenn man richtig rechnet?

Aargauer Zeitung 27.9.14

«Da werden Einsparungen ganz einfach unterschlagen»

Sparpaket Manfred Dubach vom Lehrerdachverband beschwert sich, die Regierung habe seine Zusatz-Sparvorschläge übernommen, aber nirgends ausgewiesen. Der Sparbeitrag der Bildung sei in Wahrheit viel höher.

VON HANS FAHLRÄNDER

Gemäss der Botschaft zur zweiten Lesung des Sparpakets (Leistungsanalyse) ist der Anteil, den die Bildung an die Sparmassnahmen beisteuern muss, von 30 auf 33 Mio. Franken gestiegen. Der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband (ALV) ist der Forderung der Regierung nach dem Einreichen alternativer Sparvorschläge nachgekommen. Doch die Regierung hat auf seltsame Art darauf reagiert, sagt Geschäftsführer und SP-Grossrat Manfred Dubach. Er äussert sich hier zur Ausgangslage vor der zweiten Lesung.

Herr Dubach, welche alternativen Sparvorschläge des ALV wurden ins Sparpaket aufgenommen?

Manfred Dubach: Die Regierung hat die meisten unserer Ideen zu den ihren gemacht. Zum Beispiel die Verschiebung anstehender Reformen wie Lehrplan 21, Frühfranzösisch und Optimierung der Führungsstrukturen. Oder die Reduktion bei der externen Schulevaluation. Oder die Einsparungen bei den Leistungschecks. Weiter haben wir empfohlen, etwa das Sparpotenzial beim Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz zu berücksichtigen oder einen Lohnabzug bei Lehrpersonen ohne genügende Qualifikation vorzunehmen.

Sie haben damit der Regierung geholfen, den Sparbeitrag an der Bildung zu erhöhen ...

So war es eigentlich nicht gemeint! Wir wurden aufgefordert, Alternativen aufzuzeigen, nicht zusätzliche Massnahmen. Wir haben eingesehen, dass auch die Bildung ihren Teil zum Sparen beisteuern muss. Doch dies sollte nicht auf dem Buckel der Kinder und Jugendlichen geschehen. Unsere Vorschläge ziel-

ten genau in diese Richtung: dass nicht an der Unterrichtsfront gespart wird. Im Weiteren haben wir nachgewiesen, dass das Sparpotenzial in der Leistungsanalyse zum Teil massiv zu tief angesetzt wurde, am auffälligsten bei den Wahlfächern. Das Potenzial lag hier bei 4 bis 6 Millionen Franken, nicht bei 650 000 wie behauptet. Uns ärgert massiv, wie es jetzt gelaufen ist.

Was genau ist denn falsch gelaufen?

Die Regierung hat wie gesagt die meisten der Vorschläge aufgenommen, zum Teil sogar schon definitiv beschlossen, zum Beispiel die Verschiebung der verschiedenen Reformen. Aber sie werden nirgends ausgewiesen beziehungsweise «mitgezählt». Der Projektierungskredit für den Lehrplan 21 etwa beträgt

«Das ist ein Affront gegenüber den Verbänden, die Alternativvorschläge eingereicht haben. Und eine Verfälschung des Beitrages, den die Bildung ans Sparen leistet.»

4,32 Mio. Franken, jener für das Frühfranzösisch 4,6 Mio. Sie sind im Finanzplan einfach gestrichen, die Einsparung taucht aber in der neuen Zusammenstellung der Leistungsanalyse nicht auf. Auch die Einsparung beim Trägerbeitrag für die FHNW von gut 5 Mio. Franken, resultierend aus einem Minus an Studierenden, wird nicht ausgewiesen.

Das heisst, der Sparbeitrag, den der Bildungssektor beisteuert, ist noch viel höher als die ausgewiesenen 33 Millionen?

Ja, es werden etliche Einsparungen einfach unterschlagen. Das ist ein Affront gegenüber den Verbänden, die Alternativvorschläge eingereicht haben. Und eine massive Verfälschung des Beitrages, den die Bildung ans Sparen leistet. Wür-

BILDUNGSDIREKTOR ALEX HÜRZELER

«Von Unterschlagung kann keine Rede sein»

Angesprochen auf die Vorwürfe von ALV-Geschäftsführer Manfred Dubach, hält Bildungsdirektor Alex Hürzeler zunächst fest: «Einige Themen, zum Beispiel die Verschiebung des Lehrplans 21 oder des Frühfranzösisch, hatte die Regierung schon längst im Visier, als der ALV sie vorschlug. Der Anspruch auf die «Erfindung» dieser Entlastungsmassnahmen ist also umstritten.»

Auch wegen der Potenzial-Unterschätzung im Bereich Wahlfächer setzt sich Hürzeler zur Wehr: «Der ALV nennt zu hohe Zahlen für das Potenzial. Die Regierung hat sich getäuscht, das stimmt, aber nicht in dem Ausmass wie behauptet. Zudem haben wir ja bei den Wahl-

fächern Korrekturen angebracht, so zum Beispiel beim Italienisch.»

Damit zum Hauptvorwurf des ALV, mit den Massnahmen im Bildungsbereich werde viel mehr Geld gespart als ausgewiesen. «Es ist eine Tatsache, dass auch im laufenden Jahr 2014 die Bildungskosten im Vergleich zum Budget wieder gestiegen sind», hält Regierungsrat Hürzeler fest. «Allein für den Bereich Volksschule braucht es Zusatzfinanzierungen von 8 Mio. Franken. Aber auch der Tertiärbereich kostet mehr, zum Beispiel sind die Beiträge gestiegen, die wir an Universitäten und ausserkantonale Fachhochschulen für unsere Studierenden zahlen müssen. Damit sind die Minderbeiträge an die

FHNW bereits wieder negativ kompensiert.» Hürzeler verweist aber auch auf die nochmals verschlechterten Finanzperspektiven durch den Wegfall der Nationalbank-Millionen oder der Energie-Dividenden.

Und der Vorwurf der Nicht-Ausweisung der neuen Massnahmen? «Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ist eine Art rollende Planung. Es ist normal und selbstverständlich, dass hier von Jahr zu Jahr Beiträge und Massnahmen sich ändern. Von absichtlicher Unterschlagung von Sparbeiträgen kann jedenfalls keine Rede sein. Im Gegenteil: Die nun in den AFP 2015-18 aufgenommenen Auswirkungen der Leistungsanalyse sind breit und transparent dargestellt.» (FA)

de man alles ehrlich ausweisen, könnte man auf andere Sparmassnahmen, die zulasten der Kinder und Jugendlichen gehen, verzichten. Zu denken gibt uns auch die Kommunikation in dem ganzen Thema: Die Regierung hat uns nie informiert, wie sie mit unseren Vorschlägen umzugehen gedenkt. Sonst hätten wir vielleicht rechtzeitig intervenieren können.

Dafür wird auf die Abschaffung der Einschulungsklassen verzichtet.

Aber hier läuft es eben auch seltsam. Die Regierung hat die Kriterien für die Führung einer EK massiv verschärft. So wurde die Schüler-Mindestzahl pro Klasse angehoben, gesamtkantonal dürfen nicht mehr als acht Prozent der Kinder in eine EK eingewiesen werden, rund die Hälfte aller EK soll dadurch wegfallen. Auch hier meinen wir: So war es eigentlich nicht gedacht ...

Wenn an den Bildungskosten, insbesondere an den Lehrerlöhnen gespart wird, sparen immer auch die Gemeinden mit.

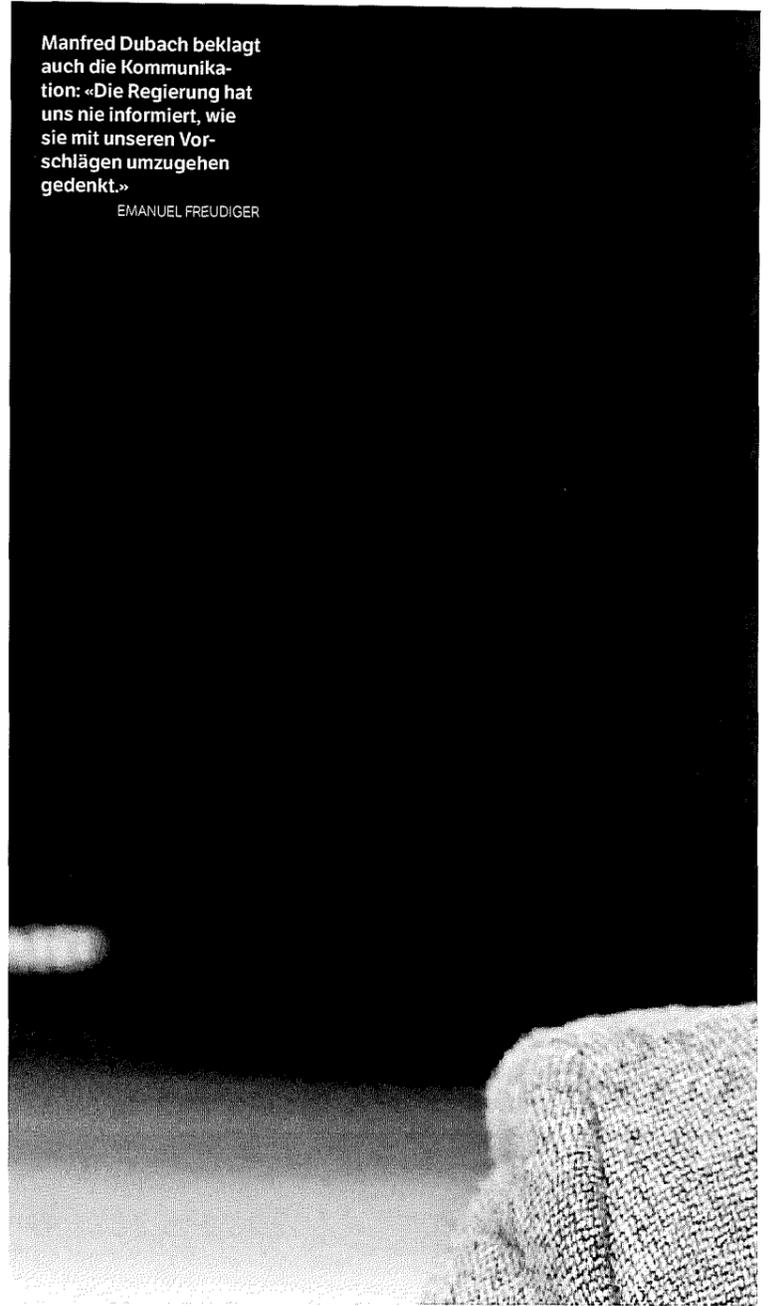
Ja. Und diese Beträge sind auch nirgends ausgewiesen.

Wie gehen Sie nun vor?

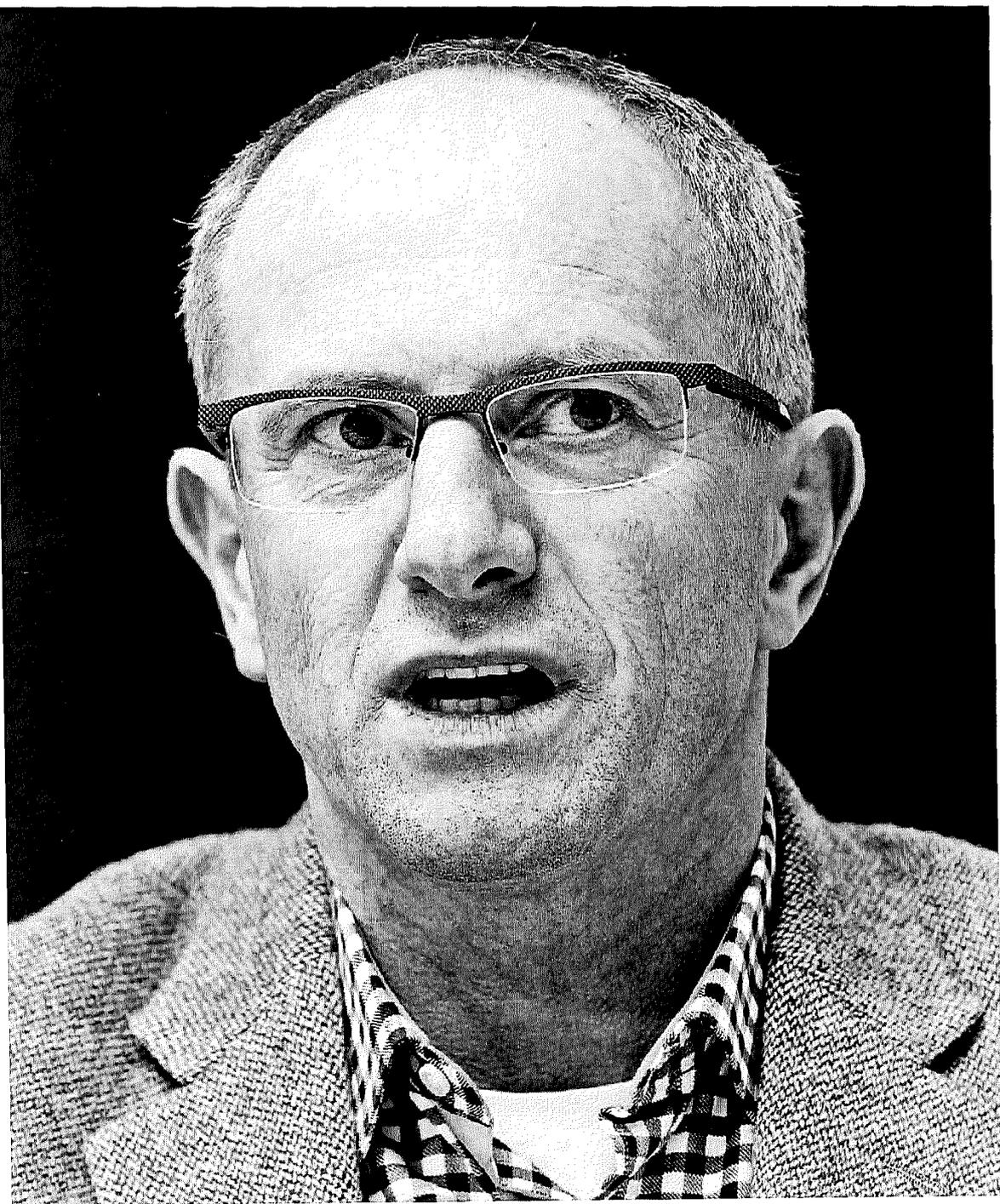
Konstruktive Zusammenarbeit kann nur gelingen, wenn sich beide Seiten an die Spielregeln halten. Hier wurden die Regeln von der «anderen Seite» ganz klar verletzt. Bestraft werden die Kinder und Jugendlichen, die Lehrpersonen und die Eltern. Und die Verbände, der ALV, aber auch der Verband der Schulpflegerpräsidenten oder der Schulleiter. Sie werden bestraft für ihr kooperatives Verhalten. Wir gelangen nun an die Mitglieder des Grossen Rates, dass sie bei der Beratung des Finanzplans und der Leistungsanalyse auf dieses problematische Vorgehen der Regierung hinweisen und die Zahlen so nicht akzeptieren.

Manfred Dubach beklagt auch die Kommunikation: «Die Regierung hat uns nie informiert, wie sie mit unseren Vorschlägen umzugehen gedenkt.»

EMANUEL FREUDIGER



Aargauer Zeitung 27.8.14



Einschulungsklassen gefährdet

Resolution Die Primarlehrerinnen und Primarlehrer wehren sich für lebensfähige Einschulungsklassen.

VON HANS FAHRLÄNDER

Der Primarlehrerinnen- und Primarlehrerverein Aargau (PLV) hat an seiner Delegiertenversammlung in Muri einstimmig eine Resolution gegen die Sparmassnahmen bei den Einschulungsklassen verabschiedet. Gerichtet ist sie an die Mitglieder des Grossen Rates, die sich im November über den Aufgaben- und Finanzplan 2014-17 sowie nochmals über die Leistungsanalyse beugen werden.

Bei der ersten Lesung des Sparpakets hat das Parlament den Vorschlag der Regierung auf Abschaffung der Einschulungsklassen (EK) abgelehnt. In der EK wird der Stoff der 1. Klasse auf zwei Jahre verteilt, sie eignet sich für «Langsamstarter» und Kinder mit Lernschwierigkeiten.

Die Hälfte soll verschwinden

Auf die zweite Lesung hin hat die Regierung eine neue Sparmassnahme geschaffen - sie heisst «Optimierung Rahmenbedingungen Einschulungsklassen». Wie meistens steckt hinter dem euphemistischen Wort «Optimierung» eine Kürzung. 1. Die Mindestschülerzahl für eine EK soll von acht auf zehn Kinder angehoben werden. 2. Die Anzahl der Lektionen in der Halbklassen soll reduziert werden. 3. Über den ganzen Kanton gesehen sollen nicht mehr als acht Prozent der Schulanfänger in eine EK



PLV-Präsidentin
Claudia Lauener

Das Bildungsdepartement hat gleich einige Rechnungsbeispiele mitgeliefert:

- Wohlten und Entfelden haben heute 5 Einschulungsklassen, nach neuer Rechnung wären es noch 2.
- Neuenhof hat bisher 4 EK, Aarburg 3, neu hätten beide noch 1.
- Bad Zurzach, Böttstein und Schinznach haben heute 2 EK, neu hätten sie gar keine mehr.

Wohin sollen die EK-Kinder?

«Wie soll das konkret gehen?», stellt Claudia Lauener die rhetorische Frage: «Wenn es im nächsten Sommer eine EK einfach nicht mehr gibt, wohin sollen dann die Kinder, die in der Hälfte stehen? Sie können mit ihrem Wissensstand weder in die 1. noch in die 2. Klasse. Und wohin sollen die Kinder, die neu der EK zugewiesen wären? Müssen sie im Kindergarten bleiben? Dann braucht es neue Kindergartenabteilungen. Und wie soll das gehen mit dem gesamt-kantonalen Durchschnitt von acht Prozent EK-Kinder? Hat man dann in einem Jahr eine EK und im nächsten wieder keine?» Auch die Reduzierung des Halbklassenunterrichts ist

gesteckt werden können.

«Mit diesen Einschnitten wird rund die Hälfte der heute noch 142 EK im Kanton verschwinden», ereifert sich PLV-Präsidentin Claudia Lauener aus Unterendingen.

für die PLV-Präsidentin verheerend: «Für EK-Kinder ist der Unterricht in der kleinen Gruppe enorm wichtig.»

Der PLV protestiert in seiner Resolution energisch gegen die Einschnitte. Diese missachteten den politischen Willen von Verbänden und Parteien, weil nun trotz Ablehnung der EK-Abschaffung die Hälfte aller Abteilungen durch die Hintertür ersatzlos wegrationalisiert würden.

Grosse Pensen-Schwankungen

An der Versammlung wurde noch ein zweites Thema behandelt, das den Primarlehrpersonen auf dem Magen liegt. «Viele von uns haben einen Vertrag, der gesetzlich gar nicht erlaubt ist», sagt Claudia Lauener. Gemeint sind befristete Verträge und Rahmenverträge. «Der Regelfall ist der unbefristete Vertrag», erläutert die Präsidentin, «der befristete Vertrag ist nur für tatsächlich begrenzte Arbeitsverhältnisse gedacht.»

Noch schlimmer sei der Rahmenvertrag: «In vielen Verträgen ist ein Pensum zwischen 22 und 28 Lektionen definiert. Das bedeutet, dass die Schulleitung das Pensum kurzfristig, ohne Vertragsänderung, abändern kann. Das ist für Lehrpersonen, die auf ein konstantes Einkommen angewiesen sind, sehr unangenehm.»

Eine Umfrage unter den Mitgliedern hat ergeben, dass nur die Hälfte der Befragten in den letzten fünf Jahren keine Pensumsschwankungen hinnehmen mussten. An der Umfrage haben sich 600 Primarlehrer beteiligt. Adressat dieses Protests ist nicht das BKS - es sind die Schulleitungen, die für das Ausstellen der Verträge zuständig sind.